

20.11.2015, 12:41 von André Kühnlenz

Brüssel schärft Prioritäten in der Nachbarschaftspolitik



EU-Kommissare Federica Mogherini und Johannes Hahn geben den Nachbarländern keine Beitrittsperspektive. / Bild: Dunand

Twittern

G+1 0

Mehr

Die EU will in der Nachbarschaftspolitik im Osten und Süden nunmehr auf die Bedürfnisse der Länder eingehen. Diese Reform sei aber kein großer Wurf, sagen Fachleute.

Die EU-Kommission hat in dieser Woche nach Ansicht von Fachleuten einen längst überfälligen Strategiewechsel eingeleitet. Es geht um ihre Politik gegenüber den Nachbarländern der Europäischen Union im Süden und Osten. Dabei will die EU künftig die Wünsche und Eigenständigkeit der Partnerländer berücksichtigen. "Es handelt sich weniger um einen Paradigmenwechsel als um eine Neujustierung der Prioritäten", sagt Constanze Aka

12:21

VW sieht Branche an der Kippe
Elekromobilität

12:13

Das Brexit-ABC

12:13

Das Brexit-ABC

Mehr in Europa

vom Institut für Europäische Politik in Berlin.

"Ein großer Wurf ist die Neuausrichtung jedoch nicht", sagt Stefan Meister von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. "Ein großes Manko bleibt, dass man weiterhin nur technische Verfahren aus dem Erweiterungsprozess einsetzt. In der Ukraine und Georgien braucht es jedoch eine Beitrittsperspektive." Nur so bestehe der Anreiz, schmerzliche Reformen umzusetzen, die oft mit Arbeitslosigkeit oder sogar Deindustrialisierung einhergehen. "Die Europäische Nachbarschaftspolitik war und bleibt eine Alternativpolitik zum EU-Beitritt und beinhaltet dezidiert keine Beitrittsperspektive", sagt Aka.

Die Ziele klingen in den Worten der zuständigen Kommissare allerdings ambitioniert. "Wir müssen gemeinsam ein sichereres Umfeld aufbauen, uns um die Lösung der vielen Krisen in unserer gemeinsamen Region bemühen, Entwicklung und Wachstum in den ärmsten Gebieten unterstützen und die Grundursachen der Migration bekämpfen", sagte Federica Mogherini, Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der EU-Kommission bei der Vorstellung der neuen Strategie. "Auch Armut, Korruption und schlechte Regierungsführung sind Ursachen der Unsicherheit", sagte ergänzend Johannes Hahn, Kommissar für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen.

Zu wenig Geld abgeschöpft

Ein Blick auf die Finanzen verrät allerdings nur geringe Ambitionen. Von 2014 bis 2020 gibt die EU für die Nachbarschaftspolitik 15,4 Milliarden € aus – gerade einmal 0,1 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2014. Die Summe soll weiterhin erst wie geplant 2017 überprüft werden, obwohl das Europäische Parlament längst festgestellt hat, dass die Mittel nicht ausreichen und zu wenig Anreize für Reformen liefern. "Natürlich sind die Mittel der EU für die Nachbarschaftspolitik viel zu gering. Aber hier stehen auch die Interessen der Mitgliedsländer entgegen, die über bilaterale Hilfen alle auch ihre eigenen Interessen verfolgen", sagt DGAP-Fachmann Meister.

Dem hält die Wissenschaftlerin Aka vom Institut für Europäische Politik entgegen: "Derzeit sind noch nicht in allen Staaten die administrativen Kapazitäten ausreichend, um diese Mittel zu programmieren und abzurufen." Der Aufbau der Absorptionskapazitäten in den Ländern muss daher Priorität vor einer Erhöhung der Mittel haben.

Differenzierung

Konkret will sich die Kommission davon leiten lassen, dass nicht alle Partner EU-Regeln und -Standards übernehmen wollen. Die Wünsche der einzelnen Länder zum Charakter und Umfang ihrer Partnerschaften mit der EU werden nunmehr stärker berücksichtigt. So sollen auch ohne

Freihandelsabkommen Investitionen und Handel mit der EU gefördert werden.

Zudem will die EU verstärkt mit den internationalen Finanzinstitutionen wie der Europäischen Investitionsbank, der Osteuropabank, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds zusammenarbeiten, um den Privatsektor anzuschieben. Der Mittelstand rückt ebenfalls enger in den Fokus der EU. Geplant ist zudem, die Länder im Osten in ein transeuropäisches Verkehrsnetz einzubinden. Die traditionellen jährlichen Länderberichte werden dagegen abgeschafft.

Die EU-Nachbarschaftspolitik ist erstmals 2004 formuliert worden. Sie zielt auf die unmittelbaren Nachbarn der EU, die keine Aussicht auf einen EU-Beitritt haben: Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Ägypten, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, das besetzte palästinensische Gebiet, Syrien, Tunesien, die Ukraine und Weißrussland.

("Wirtschaftsblatt", Print-Ausgabe, 20.11.2015)



Das WirtschaftsBlatt 3 Wochen gratis testen
» **Jetzt kostenlos bestellen**

Twittern

G+1 0

Mehr

Kommentare

0 Kom

Einloggen / Useraccount registrieren

Mehr in Europa

12:05

› Konjunktur: Die deutsche Wirtschaft legt nach

Die deutschen Wirtschaftsforscher werden immer optimistischer. Das Brexit-Risiko bleibt das Damoklesschwert.

09:15

› Europas Automarkt auf Überholspur - VW-Marktanteil auf Fünfjahre

Die Autoverkäufe ziehen europaweit an. Österreich hinkt bei den Zuwächen allerdings hinterher - und der VW-Konzern.

08:02

› Virginia Raggi könnte als erste Frau Rom regieren

Spannende Stichwahlen sind am kommenden Sonntag in mehreren italienischen Großstädten, - daru Rom, Mailand, Turin, Bologna, Neapel und Triest - geplant.

07:37

› Leukoplast-Hersteller BSN steht wieder zum Verkauf

07:32

›